

IG-MILCH ZEITUNG

März 2013 / Nr. 36

ÜBERPARTEILICH & UNABHÄNGIG



WWW.IG-MILCH.AT



„Wir haben es satt“

Wenn die Agrarpolitik sich nicht um das Land kümmert, kommen Bäuerinnen und Bauern mit dem Traktor in die Stadt, so wie bei der Demo „Wir haben es satt“ im Jänner in Berlin.



Offen gesprochen

Liebe Bäuerinnen, liebe Bauern!

Ich hoffe ihr alle seid gut im neuen Jahr 2013 angekommen und könnt die Winterzeit nutzen um Kraft und Energie für die kommenden Monate zu tanken.

2013 wird auf jeden Fall ein Jahr der Entscheidungen.

Die Weichenstellung in der Agrarpolitik für die Zeit nach 2015 geht jetzt in die entscheidende Phase. Maßgebliche Entscheidungen werden getroffen, daher war auch die letzte Protestaktion der Milchbauern Ende November sehr wichtig.

Es machte alle Teilnehmenden sehr betroffen, zu welcher drastischen Maßnahmen die Milcherzeuger greifen müssen um auf ihre höchst notwendigen Anliegen aufmerksam zu machen.

Aber dennoch waren sie notwendig, denn nur so konnte doch ein Um-

denken bei den Verantwortungs-trägern in Frankreich und auch in vielen anderen EU-Ländern erreicht werden. Frankreich bereitet bereits ein Modell für eine Marktregulierung nach 2015 vor.

Dieses Modell zeigt sehr gute Ansätze, muss aber noch im Detail verbessert werden.

Große Hoffnung setzen wir auf den Agrarkommissar Dacian Ciolos.

Er hat den Milcherzeugern seine direkte Unterstützung zugesagt und zeigt sich auch sehr gesprächsbereit. An dieser Stelle ein riesengroßes Danke allen Milcherzeugern aus ganz Europa für die Teilnahme an diesen Tagen in Brüssel!

Bewegend und auch sehr anschaulich war die Gedenkaktion für die verlorenen 157.000 Betriebe in ganz Europa in den letzten drei Jahren. Allein in Österreich waren es rund 8.000 Bauern, die den Kampf aufgegeben haben. Jeder einzelne von ihnen war ein Garant für ein Stück gepflegte Kulturlandschaft.

Im Rahmen der „Grünen Woche“ in Berlin wurde die Vollkostenstudie mit aktuellen Zahlen aus Deutschland vorgestellt.

Diese Ergebnisse zeigen, wie dramatisch die Situation in der Milchproduktion geworden ist.

Wenn bei doch oft sehr guten Produktionsbedingungen im Schnitt mehr als 50 Cent notwendig sind,

um die Vollkosten zu decken, so muss man leider die bittere Wahrheit erkennen, dass bei Erlösen zwischen 30 und 35 Cent jeder einzelne Milcherzeuger Geld verliert bei jedem Liter Milch den er produziert.

Momentan werden die aktuellen Zahlen aus Frankreich in diese Studie eingearbeitet, die weiteren EMB Mitgliedsstaaten folgen demnächst.

Sehr schwierig und schmerzhaft ist zurzeit auch die Situation innerhalb unserer Organisation.

Es macht mich traurig und sehr betroffen, mit welcher Energie und welcher Vehemenz gegen meinen Vorstand und mich intrigiert und agiert wird.

Niemals hätte ich geglaubt, dass Personen, mit denen ich jahrelang gearbeitet und die ich als Freunde bezeichnet habe, sich so entwickeln...

2013 wird auch für mich persönlich auf jeden Fall zum Jahr der Entscheidung.

Ich wünsche euch allen noch ein paar ruhige Wochen bevor die arbeitsintensive Zeit wieder beginnt.

Eure Obfrau

Erna Feldhofer



Aus dem Inhalt:

Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP)	4
Der Milchmarkt brennt	6
„Grüne Woche“ Berlin	8
Wir haben es satt! 2013	10
Hungern für gesunde Nahrung	11
Berglandmilch – Vorstellungen zum Auslaufen der Quote	12
Faironika unterwegs	13/14
Milchpreisvergleich	15

IMPRESSUM: Medieninhaber, Verleger und Herausgeber: IG-Milch, Erna Feldhofer, Hauptplatz 5, 4190 Bad Leonfelden. **Layout & Druck:** Druckerei Bad Leonfelden GmbH. **Fotos:** IG-Milch
Die IG-Milch Zeitung ist das Informationsblatt für die Mitglieder des Vereins Österreichischer Grünland- und Rinderbauern. Sie versteht sich als unabhängig und überparteilich.
Bankverbindung: Sparkasse Mühlviertel West, BLZ: 20334, Kto.-Nr. 02600010488

„Strenge Regeln – faire Preise oder zügellose Freiheit“

Jahreshauptversammlung in Leonding

IG-Milch: „Strenge Regeln – faire Preise oder zügellose Freiheit“, unter diesem Motto wurde die Jahreshauptversammlung der IG-Milch am Samstag, 17. November, in der Kürnberghalle in Leonding abgehalten. 350 Bäuerinnen und Bauern folgten interessiert den Ausführungen von Obfrau Erna Feldhofer. Im Tätigkeitsbericht ließ die Obfrau ein turbulentes, arbeitsintensives Jahr, in dem auch zahlreiche Gesprächstermine mit agrarpolitischen Vertretern, sowohl im Inland als auch im Ausland, abgehalten wurden, Revue passieren.

Österreichweite Werbeoffensive starten.

Georg Maier, der neue Projektleiter von „A faire Milch“, forderte die Unterstützung einer österreichweiten Werbeoffensive für „A faire Milch“, jener Milchmarke, die für faire Preise und den Fortbestand der heimischen Kulturlandschaft steht. Georg Maier präsentierte Werbeplakate und Marketingideen, um die Position von „A faire Milch“ nicht nur im Handel zu stärken, sondern auch das Konsumverhalten positiv in Richtung heimische Produkte zu fairen Preisen zu lenken.

Produktion dem Markt anpassen.

Interessante Referate namhafter Referenten zum Thema „Strenge Regeln – faire

Preise oder zügellose Freiheit“ zogen die Bäuerinnen und Bauern in ihren Bann. Benedikt Härlin (Autor Weltagrarrbericht) gab Einblick in die internationale Agrarwelt und stellte klar fest, dass die ungleiche Verteilung der Fördergelder zum Ruin der heimischen aber auch weltweiten Agrarwirtschaft führen wird. „Kleine Betriebe müssen geschützt werden, da sie letztendlich die Welt ernähren. Die Produktion muss dem Markt angepasst werden, nicht zu viel und nicht zu wenig soll produziert werden, sondern einfach genug“, so seine Kernaussage.

Franz Obermayr (EU-Parlamentsabgeordneter) schilderte die Entwicklung der europäischen Agrarpolitik aus Sicht der KonsumentInnen und versprach den Bäuerinnen und Bauern sie bei ihren Forderungen nach einer Neuregelung des Milchmarktes zu unterstützen.

Rahmenbedingungen mitgestalten.

Romuald Schaber (Präsident EMB) erklärte die Aufgabe der Monitoringstelle, die für eine Weiterentwicklung der europäischen Agrarpolitik ein unabdingbares Instrument darstellt. Weiters forderte Schaber die anwesenden Bäuerinnen und Bauern auf, am 26. und 27. November die groß angelegte Aktion des EMB in Brüssel zu unterstützen und somit die Abstimmung



EMB-Präsident Romuald Schaber über die Situation in der europäischen Milchpolitik.

über die Europäische Milchmarktordnung in die richtige Richtung zu lenken. Denn werden die Weichen bei der Neuregelung der GAP nicht richtig gestellt, so wird nicht nur Österreich als Kulturlandschaft der Vergangenheit angehören, sondern die regionale Milchproduktion eines jeden europäischen Landes, wie die KonsumentInnen sie schätzen, unweigerlich vernichtet.

Ernst Halbmayr (Geschäftsführer Freie Milch Austria GmbH) berichtete über die aktuelle Situation der Freien Milch und die Schwierigkeiten, die die Marktverwerfungen des letzten Jahres mit sich gebracht haben.

Roberto Cavaliere (APL Italien) erzählte sehr emotionell über die fatale Situation der italienischen Bäuerinnen und Bauern, forderte die Unterstützung des European Milk Board und hob die notwendige Arbeit des EMB hervor. Denn die wirklich wichtigen Entscheidungen würden schließlich in Brüssel getroffen, auch die Bäuerinnen und Bauern sollen dort, vertreten durch das EMB, ein Sprachrohr haben.

Peter Guhl (MEG Milch Board) beschrieb die Arbeit und Funktion der Milcherzeugerorganisationen in Deutschland und zeigte wie das zukunftssträchtige Modell auch auf andere Länder ausgeweitet werden könnte.

Neues Rundherum.

Weiters gab es erstmalig die Möglichkeit sich von den zahlreichen anwesenden Ausstellerfirmen über Marktneuheiten informieren zu lassen oder im Foyer einen von den Bäuerinnen zubereiteten Milchshake zu verkosten.



Ein Blick auf das Podium bei der Jahreshauptversammlung der IG-Milch im November in Leonding bei Linz.

Neues von der GAP

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) wird derzeit im EU-Parlament bearbeitet

Weniger „grün“, höhere Obergrenzen für Prämien, erste konkrete Vorschläge für eine Mengenregelung der Milchproduktion – das sind einige der Änderungsanträge, die der Agrarausschuss des EU-Parlaments für den GAP-Vorschlag der Kommission präsentiert hat.

Der Agrarausschuss des EU-Parlaments hat am 24. Jänner 2013 seine Positionen für die Gemeinsame Agrarpolitik für die Zeit von 2014 bis 2020 bestimmt. Im März wird das gesamte Parlament unter anderem über die GAP-Reform abstimmen.

Greening abgeschwächt.

Das von Agrarkommissar Dacian Ciolos eingebrachte „Greening“ wurde von diesem Gremium dahingehend abgeändert, dass Landwirte aus einer Liste verschiedene Maßnahmen auswählen können, um weiter Direktzahlungen von der EU zu bekommen. Wer die Greening-Auflagen nicht erfüllt, soll dennoch 70 Prozent der Direktzahlungen bekommen.

Von der „begrüneten GAP“ sind einige Betriebe ausgenommen, unter anderem Bio-Betriebe und Betriebe, die sich an Um-



Der Agrarausschuss des EU-Parlaments hat die Vorschläge der EU-Kommission zur Agrarpolitik für die Zeit von 2014 bis 2020 überarbeitet. Foto: Rolf Handke/pixelio.de

weltprogrammen der 2. Säule beteiligen oder in einem Natura-2000-Gebiet liegen. Zusätzlich soll es ein eigenes Umweltzertifikat geben.

Die ökologischen Ausgleichsflächen werden erst für Betriebe ab 10 ha zwingend – die Kommission hatte das für Betriebe ab 3 ha vorgeschlagen. 3 Prozent sollen naturnah bewirtschaftet werden, später soll der Prozentsatz auf 5 Prozent erhöht werden, und wenn sich diese Ausgleichsflächen bewähren, kann der Prozentsatz ab 2018 auf 7 Prozent erhöht werden.

Mehr Vielfalt.

Um Monokulturen zu vermeiden, sollen Betriebe ab 10 ha zwei verschiedene Kulturen anbauen müssen, ab 30 ha sollen das drei Kulturen sein, so wie es der Kommissionsvorschlag vorgesehen hat.

Bei der Obergrenze für Direktzahlungen hat sich der Agrarausschuss im EU-Parlament dem Vorschlag der Kommission angeschlossen und diese mit 300.000 Euro festgelegt.

Intervention.

Was die Marktordnung betrifft, ist der EP-Agrarausschuss für die Ausweitung des Interventionensystems. Bei Butter soll ab 70.000 t (bisher 30.000 t) interveniert werden, bei Rindfleisch soll die Interven-



Für Grünlandbauern stellt das „Greening“ wohl kein Problem dar. Der Vorschlag soll Monokulturen in Ackergebieten entgegenwirken.

Foto: Rainer Sturm/pixelio.de



Für die Milchproduktion haben die Abgeordneten einen freiwilligen Lieferverzicht vorgeschlagen.

Foto: Eva Maria Roßmann/pixelio.de

tion ab einem Preis von 2.001,60 € pro Tonne eingreifen, bisher war das bei 1.560 €/t. Es soll mehr Beihilfen für private Lagerhaltung geben, damit die Produzenten bei Überschüssen die Rohstoff-Preise stabilisieren können.

Das Quotensystem für Zucker soll bis 2019/20 verlängert werden. Erklärt wird das damit, dass die Erzeuger länger bräuchten, sich auf die Reform von 2006 umzustellen. Quoten sollen zusätzlich jene Staaten erhalten, in denen die Zuckerproduktion beendet worden ist. Die Kommission ist für ein Auslaufen der Quote 2015.

Milch-Mengensteuerung.

Eine Beibehaltung der Quote in der Milchproduktion sehen die Mitglieder des EU-Agrarausschusses nicht vor, sie sind aber dafür, die Produktionsmengen anders zu steuern. Milcherzeuger/innen sollen Unterstützung erhalten, wenn sie sich dazu verpflichten, für einen bestimmten Zeitraum weniger Milch zu liefern. Das soll die Position der Milcherzeuger und der Molkereien gegenüber dem Handel stärken.

Angegliedene Beiträge.

Der Agrarausschuss ist dafür, dass die Beiträge aus der Direktzahlung in allen Mitgliedsländern angeglichen werden sollen.

In keinem EU-Land soll die Prämie weniger als 65 Prozent des EU-Durchschnitts ausmachen. Außerdem sollen dieses Geld nur aktive Landwirte bekommen. Die Parlamentarier/innen schlagen eine Liste mit Betrieben vor, die keine Prämie erhalten sollen, etwa Flugplätze oder Sportvereine. Die Basisprämie muss innerhalb einer Region bis 2020 angeglichen werden, wobei kein Betrieb mehr als 30 Prozent weniger Prämie erhalten soll als 2014.

Risikomanagement.

Um das Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe zu sichern, schlägt der Agrarausschuss vor, Beiträge an Investmentfonds oder Versicherungen zu bezahlen. Dieses „Risikomanagement“ hat sich bereits in den ersten Vorschlägen zur GAP-Reform gefunden, ist dann aber wieder abgeschwächt worden.

Reaktionen der Politik.

Die ÖVP feiert, dass auf die Initiative von EU-Parlamentarierin Elisabeth Köstinger das geplante „Greening“ entschärft werden konnte, Karin Kadenbach, EU-Abgeordnete der SPÖ, kritisiert, dass damit unter bestimmten Umständen ein und dieselbe Agrarumweltmaßnahme doppelt finanziert werden könnte.

Inzwischen sieht es aus, als wären sich alle Beteiligten zumindest in einem Punkt einig: Die neue GAP wird es nicht vor 2015 geben. Wenigstens ein Jahr wird das Programm so weiterlaufen wie bisher, weil sich die Beschlüsse noch ziehen.

Zuwenig für die Milchbauern.

Das EMB merkt dazu an, dass die Mitglieder von Milchgenossenschaften weiterhin nicht die Möglichkeit haben, eine Preisaussage vor ihrer Milchlieferrung einfordern zu können. Die Bündelungsgrenzen für Produzentenorganisationen bleiben außerdem weiterhin beschränkt auf 3,5 % der Milchproduktion europaweit und 33 % national. EMB-Präsident Romuald Schaber meint zur Abstimmung: „Obwohl einige zielführende Gedanken wie der freiwillige Lieferverzicht verabschiedet worden sind, wurde die Chance für weitreichende Schritte zur Begrenzung der Überproduktion auf dem europäischen Milchmarkt nicht genutzt. Notwendig hierzu wäre die Einrichtung von dauerhaften und flexiblen Marktsteuerungsmechanismen, wie eine europäische Monitoringstelle gewesen. Eine reine Marktbeobachtung ohne aktive Mengensteuerung durch die europäische Stelle zur Überwachung von Lebensmittelpreisen reicht hierzu nicht aus.“

Der Milchmarkt brennt

Weil es auf dem Milchmarkt brennt, haben Milchbauern und -bäuerinnen aus ganz Europa in Brüssel lautstark auf die unhaltbare Situation aufmerksam gemacht und das Feuer auf den Milchmärkten symbolisch gelöscht. Die Kosten der Produktion übersteigen schon seit langem die Preise für die Milch und haben bereits tausende Milchbauern zur Hofaufgabe gezwungen.

Politik in die Verantwortung nehmen.

Unter dem Motto „1000 Schlepper nach Brüssel“ demonstrierten am 26./27. November 2012 mehr als 3.500 Mitglieder des European Milk Board (EMB), dem europäischen Dachverband der Milchviehalterorganisationen in Europa, und befreundeter Organisationen mit ca. 1000 Traktoren in der EU-Metropole Brüssel. Ziel war es, die Politik bei der Gestaltung



Für jedes EU-Land brennt eine Kerze, die an die aufgegebenen Höfe erinnert.

von wirksamen Marktregeln in die Verantwortung zu nehmen. Um ihrem Anliegen Nachdruck zu verleihen, sind die Milchbauern ganze zwei Tage lang nicht von

der Stelle gewichen und haben in einem großen Zelt vor dem Europäischen Parlament übernachtet.

„Die große Zahl der Teilnehmer zeigt, wie sehr den Kollegen und Kolleginnen aus ganz Europa die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft im Dienste der Gesellschaft am Herzen liegt. Diese Zukunft kann nur durch eine flexible Angebotssteuerung mittels einer europäischen Monitoringstelle für den Milchmarkt gesichert werden“, so der Präsident des EMB Romuald Schaber.

Lösungsansatz: Reform der EU-Agrarmarktordnung.

Als Symbol dafür, dass die gegenwärtige Überproduktion die europäischen Milchmärkte in Brand setzt und dieses Feuer durch Entscheidungen der Europäischen Institutionen gelöscht werden muss, haben die Bauern mit Feuerwehrschräuchen Milch auf die Gebäude des Europäischen Parlaments gesprüht. In Verbindung mit einer Gedenkaktion zum allgegenwärtigen Hofsterben in Europa wurde damit der Politik in Brüssel die dramatische Situation der Milchbauern vor Augen geführt und die Notwendigkeit von entschiedenem Handeln im Rahmen der Reform der EU-Agrarmarktordnung unterstrichen.

157.000 Hofaufgaben seit 2009.

Am 2. Aktionstag, dem 27. November, gedachten Milchbäuerinnen und Milchbauern aus ganz Europa der über 157.000 Kollegen, die seit der letzten großen Krise im Jahr 2009 die Milchproduktion aufgeben mussten. Sieta van Keimpema, Vizepräsidentin des EMB, dazu: „Es gibt eine Antwort auf das Höfesterben. Mit einer flexiblen Angebotssteuerung kann

Milchviehbetriebe aufgegeben von 2009 bis 2012 (seit dem letzten Milchstreik)

Land	2009	2012	ca. Verlust (gerundet)
Belgien	12.000	9.000	3.000
Dänemark	4.311	3.887	420
Deutschland	97.000	85.000	12.000
Frankreich	79.017	74.828	4.200
Großbritannien	16.154	15.059	1.100
Irland	19.750	18.000	1.750
Italien	41.868	37.649	4.250
Kroatien	22.000	12.000	10.000
Luxemburg	840	759	80
Niederlande	17.820	16.940	880
Österreich	42.007	33.300	8.700
Polen	493.000	389.000	104.000
Schweden	6.444	5.267	1.200
Schweiz	26.000	22.800	3.200
Spanien	23.615	21.729	1.900
Gesamt	895.382	739.951	157.000



Demonstrierende Milchbauern, im Bild die Österreicher/innen, mitten im Herz von Brüssel.

ein weiteres Ausbluten auf dem Milchmarkt verhindert werden.“ Während der Gedenkfeier war auch Agrarkommissar Dacian Ciolos vor Ort, der sich kurzfristig entschlossen hatte, zu den Demonstrierenden zu sprechen. Sehr emotionell zeigte sich Ciolos, als alle Landeszahlen mit den Hofaufgaben vorgelesen wurden und jedes Mal symbolisch für das Höfesterben eine Kerze in der entsprechenden Landesfarbe angezündet wurde.

Aktionen dürfen nicht zur Regel werden.

Romuald Schaber betont: „Auch das gesellschaftsschädliche Hofsterben in Europa muss endlich ein Ende haben. Dieses wird durch eine sinnlose Überproduktion und den damit ausgelösten Preisdruck provoziert. Aktionen zum Gedenken an unsere verlorenen Kollegen und Kolleginnen dürfen nicht zur Regel werden.“



EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos (2. v.rechts) kam zu einem Gespräch zu den demonstrierenden Milchbäuerinnen und -bauern. Links IG-Milch-Obfrau Erna Feldhofer, rechts EMB-Präsident Romuald Schaber.



Die Situation am Milchmarkt brennt – symbolisch ein echtes Feuer in Brüssel.

Grüne Woche: 407.000 Besucher in Berliner Messehallen

1.630 Aussteller aus 67 Ländern, 80 Landwirtschaftsminister aus allen Kontinenten und eine starke Zunahme von agrar- und wirtschaftspolitischen Delegationen aus dem Ausland: das hat die weltgrößte Ausstellung für Landwirtschaft, Ernährung und Gartenbau, die „Grüne Woche“, in Berlin geboten.

Rund 407.000 Interessierte besuchten vom 18. bis 27. Januar die Berliner Messehallen und brachten den Ausstellern Umsätze von rund 46 Millionen Euro ein. Erstmals seit 30 Jahren stattete auch die Regierungsspitze der Grünen Woche einen Besuch ab – Bundeskanzlerin Angela Merkel nahm am Eröffnungsrundgang teil.

Forderung nach stärkeren Investitionen in Entwicklungsländern.

Ministerin Ilse Aigner und der Generaldirektor des Welternährungsprogramms FAO, José Gaziano da Silva, forderten zum Auftakt stärkere Investitionen in die Landwirtschaft in Entwicklungsländern, da diese entscheidend seien, um Hunger und Armut in der Welt zu bekämpfen.

Forderung nach Monitoringstelle.

Das European Milk Board (EMB) forderte im Rahmen der Grünen Woche Berlin eine Stärkung der europäischen Milchviehhalter gegenüber den immer größer werden-

den Großmolkereien. Daher sei eine Monitoringstelle, in der wichtige Marktdaten wie Kosten der Produktion, Preise und die nachgefragte/angebotene Menge Milch erfasst werden, unverzichtbar.

Einzigartige Milch-Vollkostenstudie.

Die MEG Milch Board (Milcherzeuger-Gemeinschaft) hat zusammen mit dem European Milk Board (EMB) ein Gutachten zu den aktuellen Milcherzeugungskosten in Deutschland erstellt, das den Milchbauern in bisher nicht gekannter Deutlichkeit zeigt, wo sie derzeit stehen und in welche Richtung sich der Markt zukünftig bewegen muss.

Entgelt für Bauern unter der Mindestlohngrenze.

Die aktuell vorgelegte Milch-Vollkostenstudie bestätigt, dass die Erzeugerpreise die Kosten der deutschen Milchbauern nicht decken. So liegt der Stundenlohn der deutschen Milchbauern unter Berücksichtigung der Direktzahlungen aktuell unter 8 Euro. Sollten die Transferleistungen weiter abnehmen, so würde auch das Einkommen der Landwirte noch weiter unter die Mindestlohngrenze sinken, dies gelte auch für große und effektive Betriebe.

Im Jahr 2012 haben die Bauern lediglich durchschnittlich 31,50 Cent pro Kilogramm Milch erhalten, die Produk-

tionskosten beliefen sich aber auf 51 Cent. Unterstützung für die Forderung nach kostendeckenden Milchpreisen und mehr Marktregulierung fand das EMB erneut in Martin Häusling, dem Agrar-Sprecher der Grünen im Europaparlament.

„Das European Milk Board hat mit seiner Milch-Vollkostenstudie nochmals bestätigt, was ohnehin klar war, aber totgeschwiegen wird“, erklärte Häusling vergangene Woche in Brüssel anlässlich der Veröffentlichung von Berechnungen.

Repräsentative Grundlage.

Die Milch-Vollkostenstudie basiert zum einen auf Daten des Informationsnetzes Landwirtschaftlicher Buchführungen der Europäischen Kommission (INLB). Damit beruft man sich auf eine zuverlässige, repräsentative und weitreichende Grundlage. Hinzugezogen wurden zudem Preisindizes für landwirtschaftliche Betriebsmittel wie Futter, Dünger, Saatgut und Energie vom Bundesamt für Statistik, um die vorliegenden EU-Daten zu aktualisieren.

Eine weitere wichtige Säule des Berechnungskonzeptes ist der Einkommensansatz, der die Arbeitsleistung der Betriebsleiter und Familienangehörigen kalkuliert.

Studie für alle europäischen Länder geplant.

Momentan liegen die Ergebnisse für Deutschland vor, und sie sollen vierteljährlich aktualisiert werden. Für weitere EU-Länder werden die Kosten nach dem gleichen Konzept in den kommenden Monaten und Jahren berechnet. Das macht die Zahlen EU-weit miteinander vergleichbar – ein wichtiger Punkt in einem Markt mit internationaler Dimension.

Die gesamte Studie finden Sie auf der IG-Milch Homepage/Downloads und auf den Seiten des European Milk Boards.

SOLAN Ketofeed Start

- **Spezielles Ergänzungsfutter zur gezielten Energieversorgung, Pansenstimulation und Ketosevorbeuge**



SOLAN Kraftfutterwerk Schmalwieser GmbH & Co.KG
4672 Bachmanning, Austria, Tel. +43-7735 / 70 70-0
www.solan.at , solan@solan.at



„Vollkostendeckung – in der Milchproduktion: Fiktion oder Notwendigkeit?“

BDM-Symposium: Realistischer Kostenansatz in der Milchproduktion notwendig

Im Anschluss an die Kundgebung lud der BDM (Bundesverband Deutscher Milchviehhalter BDM e.V.) zu dessen Symposium, woran sich rund 1.200 Milcherzeuger aus ganz Deutschland beteiligten. Die zentrale Frage „Vollkostendeckung – in der Milchproduktion: Fiktion oder Notwendigkeit?“ war Gegenstand interessanter Referate.

Die Referenten:

Dr. Karin Jürgens vom Büro für Agrarsoziologie und Landwirtschaft (BAL) stellte das Verfahren vor, das im Auftrag des European Milk Board EMB und der MEG Milch Board entwickelt wurde, um die Kosten der Milchproduktion realistisch abbilden zu können, sowie dessen Ergebnisse. Nicht nur ausgewählte Spitzenbetriebe und ihre Daten sollten dabei betrachtet werden, sondern eine breite Basis an Milchviehbetrieben.

Man habe deshalb als Datenquelle das Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen INLB verwendet, das auch für den bundesdeutschen Agrarbericht Verwendung findet.

Bei der Ermittlung der aktuellen Kosten der Milcherzeugung habe sich gezeigt, dass es notwendig sei, in Deutschland drei Regionen (Nord, Süd und Ost) zusammenzufassen, in denen die Produktionsbedingungen ungefähr vergleichbar seien. Die Berechnung habe ergeben, dass die Erzeugungskosten nach Abzug der Beihilfen im Oktober 2012 in der Region Süd schon bei 51 Cent, in der Region Nord bei 43 Cent und in der Region Ost bei 45 Cent gelegen hätten, erklärte Jürgens. Selbstverständlich habe man diese Zahlen aber auch im Nachgang noch einmal kritisch überprüft und sei unter anderem zu dem Ergebnis gekommen, dass der gewählte Einkommensansatz in etwa der Höhe des Vergleichslohns nach dem Agrarbericht 2011 entspreche.

Dr. Gerhard Dorfner vom Institut für Agrarökonomie der Landesanstalt für Landwirtschaft Bayern betonte in seinem Vortrag vor allem die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Betriebe und ihrer Kosten. Die Diskussion um die Kosten sei wichtig, denn sie entscheiden schließlich über die Existenz des Milchviehbetriebs.

Den einen kostendeckenden Preis könne es nach seiner Meinung allerdings nicht geben. Die sehr unterschiedlichen Strukturen der Milchviehbetriebe bedingten unterschiedliche Organisationen und damit auch unterschiedliche Kostenhöhen und –strukturen. Die Herausforderung sei es, hier eine Vergleichbarkeit zu schaffen. Diese aber brauche es, um miteinander kommunizieren zu können.

Landwirtschaft sei mehr als eine reine Produktionswirtschaft, erklärte schließlich **Dr. Clemens Dirscherl**, Ratsbeauftragter für agrarsoziale Fragen der Evangelischen Kirche Deutschlands. Es müsse einen Mehrwert geben, der über die reinen Produktionskosten hinausginge. Die Ausgleichszahlungen stellten eine Art Umweg zur Gerechtigkeit dar, denn eine Gerechtigkeit sei schwierig zu erreichen, wenn die Weltmarktfähigkeit zum Fetisch werde. Er plädierte für Solidarität mit der Gesellschaft. Ohne Wertschätzung gebe es auch keine Wertschöpfung in der Gesellschaft.

Eckhard Fuhr, Korrespondent für Kultur und Gesellschaft der verschiedenen WELT-Titel, befasste sich in seinem Vortrag mit der Bedeutung der Milch für die Kulturlandschaft. Die Milch sei aus der Anonymität herauszuholen, betonte er. Sie habe es nicht verdient, als Pulver über die Weltmeere geschippert zu werden. Es dürfe keine Entfremdung entstehen, die Milch müsse vielmehr regional verankert bleiben. Er erklärte weiter, dass Europa seine Identität verliere, wenn die enge Bindung zwischen den wirtschaftenden Menschen und der Landschaft verloren ginge.

Peter Guhl schließlich erläuterte als Vorsitzender des Milch-Boards, dass es eine Selbstverständlichkeit sei, die einzelbetrieblichen Kosten im Blick zu haben. Für die Vermarktung der Milch sei es aber notwendig, die Milcherzeugungskosten einer Region zu kennen. Mit den nun durch das neue Gutachten ermittelten Zahlen könne man aktiv in die Preisverhandlungen mit den Verarbeitern gehen. Gleichzeitig seien diese aber auch ein sehr gutes Angebot an die Verarbeiter, denn auch sie könnten diese Kosten als Argumentation verwenden, um insgesamt ein auskömmliches Preisniveau zu erreichen.

Die anschließende Diskussion mit den Mitgliedern des Agrarausschusses des Bundestags Alois Gerig (CDU), Dr. Christel Happach-Kasan (FDP) und Alexander Süßmair (Die Linke) sowie den europäischen Agrarausschussmitgliedern Ulrike Rodust (SPD) und Martin Häusling (Bündnis 90/Die Grünen) wurde kontrovers geführt. Während die Regierungsparteien auch weiter die bisherige Ausrichtung der Agrarpolitik, die vor allem auf Weltmarktfähigkeit setzt, als Erfolgskurs bezeichneten, waren sich die Vertreter der Opposition einig, dass es eine grundlegende Änderung der eingeschlagenen Richtung brauche.

In seinem Abschlussresümee bekräftigte BDM-Vorstandsvorsitzender Romuald Schaber schließlich, wie wichtig realistische Zahlen im Sinne einer Kostenwahrheit für die Milcherzeuger seien. Für den BDM gelte es nun, sich mit den ermittelten Kosten der Milchproduktion intensiv zu befassen und daraus auch eine politische Forderung abzuleiten.

Das IG-Milch-Büro

4190 Bad Leonfelden, Hauptplatz 5

Tel. 07213/20591

Fax 07213/20591-91

www.ig-milch.at, office@ig-milch.at

Ansprechperson: Margit Pirklbauer

Bürozeiten: Montag bis Freitag von 8.00 bis 11.30 Uhr

Wir haben es satt! 2013

Großdemonstration zur „Grünen Woche“ in Berlin

25.000 Menschen folgten dem Aufruf für ökologische und soziale Reformen in der Landwirtschaft zu demonstrieren. Sie haben sich zu Beginn der weltweit größten Landwirtschaftsmesse, der „Internationalen Grünen Woche“, in Berlin eingefunden. Das Motto lautete: „Wir haben es satt! Gutes Essen. Gute Landwirtschaft. Jetzt!“

Zahlreiche Bauern-, Umwelt- und Verbraucher-Organisationen haben im dritten Jahr in Folge zur Teilnahme an der Demo aufgerufen. Sie fordern weltweit faire Regeln für eine bäuerliche Landwirtschaft anstatt Agrarmärkte weiter zu liberalisieren. Es soll ein Ende geben für Spekulation mit Lebensmitteln und Land sowie die EU-Exportförderung muss ein Ende haben. Weitere Schwerpunkte der Demonstration waren umweltpolitische Themen und Gentechnik.

70 Traktoren und Imkerfahrzeuge begleiteten die Demonstrierenden, als sie vom Hauptbahnhof durch das Regierungsviertel zum Bundeskanzleramt zogen. Zu hören waren Sprechchöre wie „Wer Bauern,



Prominente Unterstützerin der Anliegen für bäuerliche Landwirtschaft: Starköchin Sarah Wiener.

Foto: Good Food Good Farming



Aussagekräftiges Schild auf einem BDM-Traktor.

Foto: Good Food Good Farming

Tiere, Bienen quält, der wird nicht gewählt!“ Die Teilnehmenden kritisierten auf Transparenten Tierfabriken, Umweltschäden durch den Einsatz giftiger Pestizide, zunehmenden Preisdruck auf die Erzeuger und die negativen Auswirkungen auf die kleinbäuerlichen Strukturen in den Ländern des Südens.

Bauern und Bürger gemeinsam.

Für Johanna Böse-Hartje vom Bundesverband der Deutschen Milchviehalter (BDM) ist das Bündnis, das zur Demonstration aufgerufen hat, ein Beweis dafür, dass die Anliegen der Bauern in der Gesellschaft angekommen sind. Der BDM fordert Marktregeln und eine Umgestaltung der Agrarpolitik. „Nur wenn Bauern und Bürger zusammen für eine Reform der Agrarpolitik stehen, können wir unsere Bauernhöfe erhalten und erreichen, dass wir endlich unter fairen Bedingungen gesunde Lebensmittel erzeugen können“, so Böse-Hartje.

Für das Bündnis „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, dem mehr als 200 Bürgerinitiativen angehören, hat Uschi Helmers gesprochen. Sie ist in der Bürgerinitiative gegen einen riesigen Geflügelschlachthof im niedersächsischen Wietze aktiv. Ihr Statement: „Es darf Politikern nicht egal sein, wenn ausländische Arbeiter für drei Euro fünfzig Cent Stundenlohn in deutschen Schlachthöfen ausgebeutet werden, oder dass für unser Tierfutter der Regenwald in Südamerika abgeholzt wird.“ Sie forderte eine „Agrarpolitik zum Wohle der Tiere, der Menschen und der Umwelt.“

Mehr Hunger durch Überproduktion.

Die kirchlichen Hilfswerke „Brot für die Welt“ (evangelisch) und Misereor (katholisch) wiesen darauf hin, dass die EU-Agrarpolitik Auswirkungen auf Entwicklungs- und Schwellenländer hat. „Die Steigerung unserer landwirtschaftlichen Produktion und der Agrarexporte lindert den Hunger nicht, das Gegenteil ist der Fall“, erklärte Klaus Seitz, Leiter der Politikabteilung von „Brot für die Welt“. Das Netzwerk ARC2020, bei dem das EMB Mitglied ist, die EMB-Mitgliedsverbände in Deutschland, BDM und AbL, waren als Mitorganisatoren tätig.

Wichtige Weichenstellungen.

Im Vorfeld gaben die Veranstalter zu bedenken, dass im Jahr 2013 wichtige Weichenstellungen anstehen. Die Landwirtschaft befindet sich weltweit im Umbruch. In der EU wird entschieden, ob eine bäuerlich-nachhaltige Landwirtschaft unterstützt wird oder weiter 60 Milliarden Euro an Agrarsubventionen an die Agrarindustrie fließen.



Der Zug der Demonstrierenden schien kein Ende zu haben!

Foto: Good Food Good Farming

Weitere Informationen und Bilder von der Demonstration gibt es im Internet unter:
www.wir-haben-es-satt.de

Hungern für gesunde Nahrung und Unabhängigkeit

Mais ist als Grundnahrungsmittel weltweit an zweiter Stelle. Tausende Mais-sorten haben in Mexiko ihren Ursprung, seit jeher wird die Pflanze dort angebaut, gezüchtet und genutzt.

Die größten Saatgutunternehmen der Welt (Monsanto, DuPont und Dow Agrosiences) haben einen Antrag gestellt, auf einer Fläche von einer Million Hektar in Mexiko Genmais aussäen zu dürfen. Dagegen wehren sich Bäuerinnen und Bauern. Mit dem Anbau wäre es auch erlaubt, den Mais zu verarbeiten, zu konsumieren und zu exportieren. Expert/innen sehen, dass damit zum ersten Mal eine Pflanze mit gentechnischer Veränderung in ihrem Ursprungsgebiet freigesetzt wird.

Das größte Erbe.

Nun sind Kleinbäuerinnen und -bauern in den Hungerstreik getreten. Sie campieren in Mexico City vor dem Monument des „Engels der Unabhängigkeit“. Organisiert hat den Streik die Union of Autonomous Regional Peasant (Unorca), die Streikenden kommen aus ganz Mexiko. „Wir wollen mit dem Einsatz unserer Körper an die fast 30 Millionen Einwohner Mexikos erinnern, die täglich nicht genug zu essen finden“, so UNORCA in einer Aussendung. Die Organisation sieht, dass einige Wenige einen wirtschaftlichen Nutzen vom GVO-Maisanbau hätten und dafür das größte Erbe der Menschen in Mexiko für sich in Anspruch nehmen möchten: Mais.

Mit dem Mais aus dem Gebiet, das für die GVO-Pflanzen beantragt worden ist, werden vor allem die Städte versorgt. Das heißt, dass sich der GVO-Mais bald in den Tortillas und den Lebensmitteln zu finden sein. Die meisten Mexikaner/innen nehmen täglich Mais in verschiedenen Zubereitungen zu sich. Mit 115 kg im Jahr liegt der Pro-Kopf-Verbrauch viel höher als in allen anderen Ländern der Welt. „Außerdem wird es nicht zu verhindern sein, dass auch die Maissorten der Kleinbauern kontaminiert werden“, so eine große Sorge von UNORCA. Das könnte über Wind und Insekten erfolgen, genauso aber durch Vermischung in Silos oder Körner, die ständig von LKWs fallen. Die Kontamination ist nicht wieder rückgängig zu machen.



Mais. Was bei uns im Futtertrog oder in der Biogasanlage landet, ist für andere lebensnotwendige Nahrung und Kulturgut seit Menschengedenken.

Foto: Luise/pixelio.de

Nutzen für Wenige.

Die Streikenden hoffen, dass der mexikanischen Regierung die Bedenken von so vielen Menschen ihres Landes wichtiger sind als die Interessen einiger weniger internationaler Konzerne. Bereits 2011 hat der Beobachter für das Recht auf Nahrung der UNO, Olivier de Schutter, den damaligen Präsidenten Calderón aufgefordert, die Versuche mit GVO-Mais zu stoppen, weil Mais so wichtig ist für die Ernährung und die Kultur Mexikos und die Versuche die bäuerlichen Rechte verletzen. Die Regierung hat diese Empfehlung ignoriert. Und das, obwohl Mexiko bereits 2009 ein Moratorium für Genmaiserperimente und die kommerzielle Aussaat verhängt hat, weil das Land das Ursprungs- und Vielfaltszentrum des Mais ist.

Hoffen auf Solidarität.

UNORCA macht darauf aufmerksam, dass dieses Anliegen nicht nur ein paar Bäuerinnen und Bauern betrifft, sondern alle Menschen als Verbraucher/innen und wenn der Antrag genehmigt wird, wird das die Nahrungsabhängigkeit des Landes vergrößern. Die streikenden Bäuerinnen

und Bauern hoffen, dass sich weltweit Menschen solidarisch erklären, mit einem Fasttag oder wenn möglich einem kleinen Streik und sie würden sich über Solidaritätskundgebungen freuen.

E-mail-Adresse für Solidaritäts-Schreiben: unorcacontratransgenicos@gmail.com

Mehr Informationen (auf Englisch) im Internet:

<http://www.viacampesina.org> unter „Main Issues“, „Biodiversity And Genetic Resources“



Bauern campieren in Mexiko-City.

Foto: Unorca

Molkereiquote statt Quote bei den Bauern?

Der Vorschlag der Berglandmilch für das Ende der Milchquoten

Mit ca. 800 Millionen Euro Umsatz ist die Berglandmilch-Molkereigruppe der wichtigste Milchverarbeiter in Österreich. Die Genossenschaft will nach dem Ende der Milchquote eine eigene „Molkerei-Quote“ einführen.

Der Vorstand der Molkerei soll demnach den Milchpreis für die künftige Basismenge der 16.000 Milchlieferanten festlegen. Die Basismenge richtet sich nach der höchsten Anlieferung der letzten drei Jahre. Für Milch, die darüber hinaus angeliefert wird, setzt der Vorstand einen sogenannten Vermarktungsbeitrag fest. Erklärt wird das mit höheren Kosten für Vermarktung und Investitionen seitens der Molkerei. 30 Prozent der „Übermilch“ werden im Folgejahr der Basismenge zugeteilt.

Vermarktungsbeitrag.

Der „Vermarktungsbeitrag“ wird für jedes Jahr im Vorhinein, spätestens im November, vom Vorstand festgelegt. Er kann je nach Markt und Vermarktungslage gegen null gehen, aber auch nach oben gibt es keine Grenze. Die Basismenge ist nicht handelbar, es müssen aber auch keine



Mehr produzieren und weniger dafür bekommen? Das kann nicht der richtige Weg sein.

Foto: Karin Wobig/pixelio.de



Wo wird es wohl hingehen, wenn die Quoten wegfallen?

Foto: Jetti Kuhlemann/pixelio.de

weiteren Genossenschaftsanteile gezeichnet werden.

Es gibt keinen Anreiz, die Basismenge zu unterliefern.

Viele Bauern bezeichnen den Vermarktungsbeitrag in Internetforen als „Strafzahlung“. Einige Lieferanten verstehen auch nicht, warum der Vorstand erst Wochen nach dem Beschluss die Bauern über diese Vorgangsweise informiert hat. Die Molkerei sieht ihr Modell nicht als „Quotennachfolgemodell mit einer Mengensteuerung“, sondern als flankierende Maßnahme. Für jeden Betrieb gäbe es den vollen Milchpreis für die Basismenge, und wer mehr produzieren möchte, könne dies auch tun.

Kritische Stimmen sehen es so: Im ersten Jahr hat die Molkerei mehr Milch zur Verfügung, für welche die Überlieferer auch noch Strafe zahlen müssen, im nächsten Jahr werden die Milchbauern wegen der vielen Milch für die neue – höhere – Basismenge niedrigere Preise ausbezahlt bekommen.

Preis nach Menge.

Von den übrigen Molkereien ist indes nicht so viel zu hören, wie sie die Anlie-

ferungsmengen und Milchpreise mit dem Auslaufen der Quote gestalten wollen. Am ehesten noch, dass sich der Preis nach der Liefermenge gestalten wird. So wie das der freie Markt eben vorsehen würde.

Während die einen es fair finden, dass die Berglandmilch jetzt bekannt gibt, wie die Preisgestaltung in drei Jahren aussehen soll und das System gut durchdacht finden, sehen andere in diesem Modell ein „Beschränkungsmodell“, weil es „Strafen“ für höhere Anlieferung geben soll.

Die Überlegung, dass dieses Modell auch andere Molkereien in Österreich übernehmen werden, könnte einer der Gründe sein, warum immer mehr Milchbauern, vor allem in Oberösterreich, ihre Milch ins benachbarte Bayern liefern. Von der Gmundner Molkerei und der Vöcklakerserei dürften mehr als 10 Millionen kg Milch zur Allgäuer Alpenmilch wechseln. Die Käserei zahlt einen höheren Preis als die Verarbeiter in Österreich, außerdem sind die Qualitätsauflagen nicht so hoch – gentechnikfreie Fütterung wird etwa nicht verlangt. Eigentümer der Allgäuer Alpenmilch ist der deutsche Lebensmittelkonzern Hochwald Foods.



Foto: Berglandmilch

Berglandmilch sichert sich besten Rohstoff zu billigen Preisen auf Kosten der Bauern.

Mit dem neuen Liefermodell sichert sich die Berglandmilch jede Menge Milch bester Qualität zu einem absolut günstigen Preis.

Jeder Betrieb, der wachsen will, ist gezwungen sehr viel mehr zu produzieren um einige Kilogramm Liefermenge zu einem A Preis dazu zu bekommen.

Im Klartext heißt das: 30.000 kg Milch mehr produzieren um 10.000 kg A-Lieferrecht zum A-Preis zu erhalten (30 % Regelung).

Der Haken ist: es bestimmt ausschließlich die Berglandmilch welche Menge des Lie-

ferrechtes mit dem sogenannten A-Preis bezahlt wird und das zu jedem Zeitpunkt. Ich glaube kaum, dass die Berglandmilch die restlichen 20.000 kg des hochwertigen Rohstoffes zu billigeren Produkten verarbeitet.

Nein, das ist nur wieder ein Mittel, um die Verarbeitungsbetriebe auszulasten und im Handel die Preise zu drücken.

Nicht umsonst sind bei Schleuderaktionen in den diversen Handelsketten meistens Produkte der Berglandmilch oder NÖM zu finden.

Erna Feldhofer



Faironika war im Mai im Mittelpunkt anlässlich eines Südtiroler Hochzeitsbrauches.

Die Südtiroler lieben sich Faironika von Christa und Peter Schweiger in Kolsass aus und versperrten die Straßen. Vielen Dank an Waltraud Gruber in Schwaz in Tirol, die uns auf diese Aktion aufmerksam gemacht und die Fotos geschickt hat!

Fotos: Diethmar Walpoth, Brennpunkt Schwaz



REITBAUER

SÄGE - MÜHLE - MISCHFUTTER

Vestenthal 32, A-4431 Haidershofen
Fon: 07434/42806, Fax: 07434/42806-19

www.reitbauer.co.at



Faironika in Schladming: Faironika grüßte anlässlich der Ski-WM von Schladming aus in die weite Welt. IG-Milch-Aktivistinnen haben mit Faironikas die Schiwelt bunter gemacht. Und auch in der Nacht waren die lebensgroßen Kühe weithin sichtbar.

Foto: Georg Maier

Mit Ihrem Mitgliedsbeitrag unterstützen Sie unsere Arbeit und unser Bemühen die österreichische Kulturlandschaft zu erhalten, aktiv gegen das stetig voranschreitende Bauernsterben einzuschreiten und die Entscheidungen auf EU-agrarpolitischer Ebene so weit als möglich zu lenken.

- Wir hoffen auch im Jahr 2013 mit Ihrer geschätzten Unterstützung rechnen zu dürfen und erlauben uns Ihnen anbei den Zahlschein zur Begleichung des Mitgliedsbeitrages in der Höhe von € 55,00 zu übermitteln.
- Aufgrund unseres schmalen Budgets müssen wir sehr sparsam mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln umgehen und sind auf jede Unterstützung angewiesen.
- Kostengünstiger und einfacher wäre es für Sie, den Beitrag mittels Abbuchungsauftrag überweisen zu lassen. Diesen können Sie uns gerne ausgefüllt retour schicken oder faxen.
- Hinweis:
Sollte Ihrer Zeitung kein Zahlschein beigelegt sein, so wurde der Mitgliedsbeitrag bereits entrichtet.

ABBUCHUNGSAUFTRAG

Zahlungsempfänger: Verein österreichischer Grünland- und Rinderbauern (IG-Milch)

Zahlungspflichtiger:

Konto-Nr. d. Zahlungspflichtigen: BLZ:

Verwendungszweck: Mitgliedsbeitrag IG-Milch

Abbuchungsauftrag für Lastschriften-Eröffnung

Das kontoführende Kreditinstitut wird hiermit widerruflich beauftragt, die von oben genanntem Zahlungsempfänger ausgefertigten und zu Einzug über mein (unser) Konto bestimmten Lastschriften zu nachstehend angeführten Bedingungen durchzuführen. Ich / Wir habe(n) den Zahlungsempfänger von der Erteilung dieses Auftrages an das kontoführende Kreditinstitut verständigt.

Bedingungen:

- Dieser Auftrag ist widerrufbar.
- Die vom Konto abzubuchenden Beträge unterliegen keiner betragsmäßigen Beschränkung.

- Das kontoführende Kreditinstitut ist berechtigt, Lastschriften zurückzuleiten, insbesondere dann, wenn das Konto nicht die erforderliche Deckung aufweist. Teilzahlungen sind nicht zu leisten.
- Das kontoführende Kreditinstitut ist berechtigt, diesen Auftrag nicht mehr durchzuführen, wenn das Konto nicht die erforderliche Deckung aufweist. In einem solchen Fall wird der Zahlungsempfänger verständigt.
- Durch die Weitergabe dieses Auftrages an den Zahlungsempfänger entsteht für das kontoführende Kreditinstitut keine Haftung.
- Der (Die) Auftraggeber kann (können) gegenüber dem kontoführenden Kreditinstitut keine

Einwendungen gegen Belastungen, die im Rahmen dieses Auftrages erfolgen, geltend machen. Einwendungen, die sich auf das der Lastschrift zugrundeliegende Rechtsgeschäft beziehen, sind zwischen dem (den) Auftraggeber(n) und dem Zahlungsempfänger direkt zu regeln.

- Ein Widerruf des Auftrages gilt ab dem Zeitpunkt des Einlangens beim kontoführenden Kreditinstitut. Der (Die) Auftraggeber hat (haben) den Zahlungsempfänger gleichzeitig zu benachrichtigen.
- Im Übrigen gelten die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der österreichischen Kreditunternehmungen“.

.....
Ort / Datum

.....
Unterschrift des (der) Zahlungspflichtigen

Bitte den Abbuchungsauftrag ausschneiden und an das IG-Milch-Büro senden.
4190 Bad Leonfelden, Hauptplatz 5.

Milchpreisvergleich der Milchliefergemeinschaft April 2012 – Jänner 2013

	Ennstal Milch	Berchtesgadener Land (D)	Bergader (D)	Alpenmilch Salzburg	Jäger (D)	Wocle	Pinzgau Milch	OM	Gmunden	Kärntner Milch	NÖM	Bergland Milch
April	34,423	36,700	32,700	33,768	32,700	35,129	34,202	33,902	33,399	32,641	32,737	32,674
Mai	33,423	34,200	32,700	33,768	32,700	33,789	34,202	33,902	32,953	32,641	32,047	32,674
Juni	33,423	34,200	32,700	31,768	32,700	33,199	31,528	32,002	30,721	32,641	30,634	29,774
Juli	31,423	31,700	30,700	31,768	29,700	32,179	31,528	32,002	30,721	29,964	30,336	29,774
August	31,423	31,700	30,700	31,768	30,200	30,959	30,638	30,216	30,721	29,964	30,265	29,774
September	31,423	31,700	30,700	31,768	30,700	30,679	30,638	30,216	31,167	29,964	30,728	29,774
Oktober	32,423	32,700	34,200	31,768	33,700	30,729	31,528	31,306	31,167	31,303	31,182	29,774
November	32,423	32,700	34,200	32,661	34,200	31,719	32,855	31,306	32,506	31,303	31,417	29,774
Dezember	32,423	33,700	34,200	33,590	34,700	32,229	32,855	32,992	32,952	31,303	31,417	31,774
Januar	32,423	33,700	34,200	33,590	34,200	33,149	32,855	32,992	34,470	32,641	32,417	31,774
Nachzahlung	9,000											
~ Preis	33,423	33,300	32,700	32,622	32,550	32,376	32,283	32,084	32,078	31,437	31,318	30,754
Differenz in Cent		-0,123	-0,723	-0,801	-0,873	-1,047	-1,140	-1,339	-1,345	-1,987	-2,105	-2,669
Differenz %	100%	99,63	97,84	97,60	97,39	96,87	96,59	95,99	95,97	94,06	93,70	92,01

Wichtig: Preise sind ohne Mehrwertsteuer und daher die tatsächliche Milkereileistung!

Durchschnittspreis der Monate April 2012 – Jänner 2013 für konventionelle Silomilch

Vergleichsbasis:

4,20 % Fett, 3,40 % Eiweiß, 100.000 kg Jahresanlieferung, Preise excl. MwSt. und ohne Landesförderung.

S-Klasse < 50.000 Keimzahl und < als 250.000 Zellzahl Fixkostenblöcke sind anteilmäßig auf 8.333,33 kg/Monat bzw. 100.000 kg/Jahr vom Milchauszahlungspreis abgezogen.

In den Preisen eingerechnet sind:

Grundpreis, Fettpreis, Eiweißpreis, diverse Saison- und abschläge, Anfuhrbonus, Eiweißzuschläge, S-Klassezuschläge, Stoppbonus, minus AMA-Marketingbeitrag

Zuschläge für Mehrjahresverträge sind nicht eingerechnet!

Bei der **Kärntnermilch** kommt bei einer Zellzahl < 200.000 der S-Klassezuschlag von 2,18 Cent/netto zum angeführten Preis hinzu.



**schnell
preiswert
zuverlässig**

Landmaschinenersatzteile, Normteile, Hydraulik und Zubehör

**Auf 520 Seiten
finden Sie:**

Traktorteile
Fahrzeugelektrik
Werkzeuge
Öle und Filter
Batterien
Hydraulikteile
Gelenkwellen
Pflugteile
Fahrzeugbauteile
Mähwerksteile
Tierzuchtteile
Hochdruckreiniger
Normteile
Forstwerkzeuge
Lacke
in allen Farben



**Gratiskatalog
2012/13
anfordern!**



**Ökoprofi
GmbH**

Oberharrem 33,
A-4691 Schlatt

Tel.: 0043/(0)7673/30703

Fax: 0043/(0)7673/30703/40

verkauf@oekoprofi.com

www.oekoprofi.com

Ihr Ersatzteillieferant!

Damit Ihr Teich dichtet



Angeboten werden unter anderem Kunststoff-Abdichtungen für Güllelagunen, Speicherteiche, Biotop, Pools, Flachdächer. Sanierungen von Altgüllegruben und Abdichtungen für Regenwasserbehälter. Und auf Grund langjähriger Erfahrung kennt Fa. Fuchs die Vorteile von Kunststoffabdichtungen, die in jeder Größe angeboten werden, ganz genau: Zum einen ist Kunststoff die preisgünstigste Variante, dazu kommt der rasche Einbau, bei Bedarf ist auch ein Rückbau oder eine Erweiterung jederzeit möglich.

Abdeckung von Güllelagunen und Betongruben

Die Güllelagune ist mit einer konfektionierten Abdeckung ausgestattet.

Diese besteht aus in PE-Folieverschweißten EPS-Platten. Diese sind über Schweißnähte, hergestellt im Extruderschweißverfahren, punktuell miteinander verbunden. Die dadurch entstehenden Öffnungen sind als Ablauföffnungen für Oberflächenwasser vorgesehen. Ebenso kann auftretendes Oberflächenwasser über die Randverstärkung der Abdeckung ablaufen. Die Randverstärkung ist mit einer PE DN50 Rohr, verbunden durch Schweißnähte, hergestellt im Extruderschweißverfahren, ausgeführt. Die Abdeckung stellt keine gasdichte Abdeckung dar sondern dient zur Verminderung von Geruchsemissionen. Das allgemeine Feuer- und Rauchverbot wird dadurch nicht aufgehoben.

Fa. Fuchs Kunststoffabdichtungen

8224 Kaindorf, Dienersdorf 188, Tel: 03334/3166, Fax DW 66

Mobil: 0664/2234553, E-Mail: manfred.fuchs@fuchs-abdichtungen.at